



Regierungsratsbeschluss vom 12. Januar 2016

Änderung des Bundesgesetzes über Finanzhilfen für familienergänzende Kinderbetreuung (Neue Finanzhilfen zur Förderung der Vereinbarkeit von Familie und Erwerbstätigkeit); Eröffnung des Vernehmlassungsverfahrens

P151521

1. Der Regierungsrat genehmigt den vorgelegten Briefentwurf an das Bundesamt für Sozialversicherungen.

Begründung

Der Regierungsrat des Kantons Basel-Stadt unterstützt das Engagement des Bundes für eine schweizweit gute familien- und schulergänzende Tagesbetreuung. Auch teilt er die inhaltliche Stossrichtung der Vorlage, die Vereinbarkeit von Familie und Erwerbstätigkeit in der Schweiz mittels Senkungen der Betreuungskosten der Eltern und einer besseren Abstimmung des Angebots auf die Bedürfnisse der Eltern zu stärken. Allerdings ist es dem Regierungsrat ein Anliegen, dass die Angebote auch die Bedürfnisse der Kinder berücksichtigen, denn diese decken sich nicht immer mit denjenigen von Eltern und Arbeitgebern nach Flexibilität.

